



Buber und Niemöller stimmen in Bezug auf den Staat Israel überein

Eine Antwort an Friedhelm Pieper

Von: Johannes Wallmann, erschienen im Deutschen Pfarrerblatt, Ausgabe 7/2020

In der Märzangabe des Deutschen Pfarrerblatts hat Johannes Wallmann die kritische Debatte über einen Vortrag von Bischof Abromeit aus dem vergangenen Sommer aufgegriffen und zu einer differenzierten Sichtweise unter Einbezug der Positionen von Martin Buber und Martin Niemöller im Blick auf den Staat Israel aufgefordert. Diesen Ansatz hat Friedhelm Pieper seinerseits einer kritischen Replik an Wallmann unterzogen (DPfBl 6/2020) mit dem Hinweis, Buber und Niemöller stimmten diesbezüglich nicht überein. Johannes Wallmann antwortet hier seinem Kritiker Friedhelm Pieper.

Friedhelm Pieper will mit seinem Aufsatz „Martin Buber, Martin Niemöller und eine Rede von Altbischof Abromeit“ zu meinem Aufsatz in DPfBl 3/2020 Stellung nehmen. Sein Aufsatz handelt mit langen Zitaten überwiegend von Martin Buber und nur am Rande von Martin Niemöller und von der Rede von Altbischof Abromeit, auf die ich nicht eingehe, weil sie nicht mehr aktuell ist. Gern aber lasse ich mich von Friedhelm Pieper zu einer Kontroverse über Martin Buber verleiten. Wir beide sind Buber-Verehrer. Aus in dem in den letzten Jahren zwischen uns gewechselten Briefen weiß Pieper, dass eine tiefe, bis in die Anfänge unserer Studienzeit reichende Verehrung Martin Bubers uns beide miteinander verbindet, dass wir beide uns lebenslang mit Buber beschäftigt haben. Obwohl wir nie etwas über ihn geschrieben haben, sind wir beide Buber-Kenner und führen unter uns einen Streit zwischen zwei Buber-Kennern. Pieper berichtet über das tragische Schicksal Bubers, der keinen jüdischen, sondern einen Juden und Araber gleichberechtigt umfassenden Staat wollte, aber weder bei Juden noch bei Arabern ausreichende Unterstützung fand, deshalb schließlich mit seinem Projekt eines bi-nationalen Staates scheitern musste, aber den zustande gekommenen jüdischen Staat Israel akzeptierte. Er berichtet kundig und zuverlässig, sodass ich zu seiner Schilderung keine kritische Bemerkung machen muss. Für die Leser ist Piepers Aufsatz sehr interessant. Für mich enthält er nichts Neues.

Allerdings interpretieren wir ein Buber-Wort unterschiedlich. An dieser Verschiedenheit wird sich entscheiden, ob die auf S. 374 des Pfarrerblatts oben in großen Buchstaben zitierte Behauptung „Bei näherer Betrachtung zeigt sich ein tiefer Graben zwischen Buber und Niemöller in Bezug auf den Staat Israel“ zutrifft, oder ob ich recht habe mit meiner gegenteiligen Behauptung: „Bei näherer Betrachtung zeigt sich eine tiefe Gemeinsamkeit zwischen Buber und Niemöller in Bezug auf den Staat Israel.“ Man muss nur zu näherer Betrachtung der von Pieper selbst vorgelegten Texte auffordern.

Eine tiefe Gemeinsamkeit zwischen Buber und Niemöller in Bezug auf den Staat Israel

An einer Stelle zitiert Pieper jenes nachdenklich machende Wort Bubers zu Probst Heinrich Grüber während des Eichmann-Prozesses 1961 in Jerusalem: „Lieber Freund, können Sie verstehen, wie fremd ich in diesem Land geworden bin? Aber ich kann ja in keinem anderen leben.“¹ Dieses Wort hat Pieper bisher nie erwähnt. Ich habe es ihm entgegengehalten, als wir vor über einem Jahr miteinander korrespondierten nach einem Leserbrief, in dem ich Pieper vorwarf, in seinem Beitrag zu Luthers Judenschriften Texte nicht gründlich zu lesen und gegen ihre Intention zu benutzen.² Pieper zitiert das in meinem Aufsatz auch genannte Wort Bubers jetzt selber (DPfBl 6/2020, 157), meint es aber von dem drei Jahre vorher gehaltenen Vortrag Bubers „Israel und das Gebot des Geistes“ (1958) her interpretieren zu müssen, in dem Buber gesteht, die Errichtung eines jüdischen Staates als den seinen zu akzeptieren. Doch „akzeptieren“ heißt nicht „im Geist anerkennen“. Wenn man die von



Pieper ausführlich zitierten Worte Bubers genauer betrachtet, merkt man, dass Buber mit den ultraorthodoxen Juden, die die faktische Gestalt des jüdischen Volkes, also die Errichtung des Staates Israel, bestreiten, nichts zu tun haben will (bekanntlich verurteilen die ultraorthodoxen Juden bis heute die Errichtung eines jüdischen Staates vor dem Kommen des Messias als menschliche Eigenmächtigkeit). Er akzeptiert die staatliche Gestalt der jüdischen Selbstständigkeit. Doch an seinem Ziel, keinen jüdischen Staat, sondern einen gleichberechtigt Juden und Araber umfassenden Staat in Nahost zu errichten, hält er als Fernziel fest. Er erhofft eine Beendigung des jüdischen Staates durch Errichtung eines bi-nationalen Staates im Nahen Osten, wenn nicht bald, dann in weiterer Zukunft.

In seinen Gesprächen mit Grüber wird Buber von seiner alten Befürchtung bezüglich der Gründung eines jüdischen Staates gesprochen haben. Dass ein „jüdisches Albanien“ nur Zankapfel der umringenden arabischen Mächte sein und keine lange Lebensdauer haben würde. Was sonst sollte Grüber zu den Worten veranlasst haben: „Die sehr vertraulichen persönlichen Gespräche zwischen Professor Buber und mir möchte ich nicht wiedergeben.“³ Hätte Buber so geredet, wie Pieper ihn versteht, hätte Grüber keinen Grund gehabt, den Mantel des Schweigens über Bubers Worte auszubreiten. Im Unterschied zu Pieper, der Grübers Schweigen nicht erwähnt und für bedeutungslos hält, interessieren mich die Worte Bubers und ich habe, da Grüber über wichtige Gespräche Notizen anzulegen pflegte, im Nachlass Grübers, der nicht mehr im Evangelischen Zentralarchiv, sondern im Preußischen Staatsarchiv liegt, mehr über diese Gespräche erfahren wollen. Aber die Wartezeiten, um an den Nachlass Grübers zu kommen, sind so lang, dass ich vorläufig nicht dazu kommen werde. Doch sollte ein jüngerer Theologe sich um den Nachlass Grübers kümmern, der auch in anderer Hinsicht für die Kirchengeschichte des Dritten Reiches und der Nachkriegszeit Interessantes enthalten wird.

Christlich-jüdischer Dialog ohne Belang für den jüdischen Partner

Dass ich von dem sog. christlich-jüdischen Dialog, für den Pieper unermüdlich eintritt, nichts halte, habe ich schon vor fünf Jahren an anderer Stelle gesagt: „Ja, ich bekenne, dass ich von diesem Dialog hinsichtlich der christlichen Dialogpartner (nur diesen!) in seinem gegenwärtigen Zustand wenig halte. Nach guten Anfängen ist, was auch schon im Deutschen Pfarrerblatt beklagt wurde, aus diesem Dialog heute ein vielstimmiger christlicher Monolog geworden, für den der jüdische Partner ohne Belang und Interesse ist. Bisläng bringt er durch die Slenczka-These den einzig relevanten Ertrag.“⁴

Der nach dem Zweiten Weltkrieg kurzfristig wundersam möglich gewordene christlich-jüdische Dialog gehört der Zeit Helmut Gollwitzers an und ist Sache des vorigen Jahrhunderts. Was heute christlich-jüdischer Dialog genannt wird, ist bei genauerer Betrachtung kein Dialog, sondern ein Monolog, bei dem eine Vielzahl christlicher Stimmen sich um religiöse Annäherung an das Judentum zu überbieten sucht und untereinander streitet. Die literarischen Produkte dieses Dialogs fallen kümmerlich aus und verdienen keine Beachtung, wie das kürzlich von Piepers hessisch-nassauischem Arbeitskreis für das christlich-jüdische Gespräch geförderte Buch über Theologie und Antisemitismus zeigt.⁵

So sehr Buber als Zionist an die gottgewollte Rückkehr der Juden in das Land Palästina glaubte, so wenig glaubte er, wie Pieper richtig bemerkt (a.a.O., 374), an eine „religiös begründete[n] Notwendigkeit, einen jüdischen ‚Staat Israel‘ zu errichten.“ Ich kann Pieper folgen und brauche mich gar nicht mit ihm zu streiten, sondern kann ihn zitieren, wenn er schreibt: „Nach 1948 erkannte er dann den neuen Staat Israel als politische Realität an“ (a.a.O., 374).

Den Staat Israel als politische Realität anzuerkennen und ihm keine aus der Heilsgeschichte folgende religiöse Qualität beizumessen, war auch Martin Niemöllers Bezug auf den Staat Israel. Dass es deshalb zu Spannungen zwischen Niemöller und der befreundeten, dem Judentum entstammenden Familie Freudenberg kam, erklärt sich, weil diese sehr mit Buber und dem Zionismus verbunden war,



Bubers Ablehnung eines jüdischen Staates aber nicht folgte. Ich muss Pieper dankbar sein, dass er meinen Vorschlag, die EKD möge in Bezug auf den Staat Israel dem Beispiel Niemöllers folgen, durch den für mich überraschenden Nachweis von Niemöllers Übereinstimmung mit Buber – „auf einer Linie“ habe ich, obwohl Pieper das behauptet, Buber und Niemöller nie gesehen – durch den von ihm zitierten Vortrag Bubers stützt.

Zur Revision des Rheinischen Synodalbeschlusses von 1980

Am Ende seines Aufsatzes schreibt Pieper, eine Revision des Rheinischen Synodalbeschlusses von 1980 werde nach Wallmann von vielen Theologen seit langem gefordert, kein einziger dieser vielen Theologen werde aber von Wallmann genannt. Nur nebenbei nenne ich mich selbst, der ich angesichts des problematischen Verhaltens zum bevorstehenden Reformationsjubiläum in der Zeitschrift für Bayerische Kirchengeschichte von der EKD geschrieben habe: „Sie wird auch den Rheinischen Synodalbeschluss von 1980 revidieren müssen. Die internationale Holocaustforschung gibt zusehend den Bonner Professoren recht, die gegen den Rheinischen Synodalbeschluss einwandten: ‚Die nationalsozialistische Ideologie war ebenso offen unchristlich und antichristlich wie antijüdisch.‘“⁶ Vor allem nenne ich Johannes Fischer, den Pieper wegen seiner von mir im DPfBl 3/2020 genannten Beiträge nicht schätzen wird, der aber einen überaus lesenswerten Aufsatz geschrieben hat unter dem Titel: „Ist der heutige Staat Israel ein Zeichen der Treue Gottes gegenüber seinem Volk? Eine kritische Analyse des Beschlusses der Landessynode der Evangelischen Kirche im Rheinland von 1980“⁷.

Weil man für Selbstverständlichkeiten keine Namen zu nennen braucht, erinnere ich nur daran, dass der Rheinische Synodalbeschluss von 1980 in der wissenschaftlichen Theologie schon damals sehr umstritten war und nur die Theologische Fakultät Heidelberg unter der Leitung von Rolf Rendtorff für ihn votierte. Den 13 Theologen der Theologischen Fakultät Bonn, die sich gegen den Rheinischen Synodalbeschluss wandten, schlossen sich die Theologen der Theologischen Fakultät Münster an. Der Widerspruch so vieler Theologen gegen den Rheinischen Synodalbeschluss erregte Aufsehen in der kirchlichen Öffentlichkeit, was man in den Kirchenzeitungen der damaligen Zeit nachlesen kann. Er ist heute vergessen und es regt niemanden auf, wenn es einen Widerspruch zwischen EKD und wissenschaftlicher Theologie gibt. Seit dem Streit um die „Gemeinsame Erklärung zur Rechtfertigungslehre“ vor 20 Jahren hat man sich an Gegensätze zwischen Kirchenleitung und wissenschaftlicher Theologie gewöhnt. Ob das für eine Kirche, die sich auf den Wittenberger Theologieprofessor Luther zurückführt, auf Dauer gut geht, wird man fragen dürfen. Friedhelm Pieper kann aber unbesorgt sein: Für die EKD ist er als evangelischer Präsident der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit viel wichtiger als die Stimme der wissenschaftlichen Theologie.

Gegen eine religiöse Überhöhung der Gründung des Staates Israel

Außerdem wirft mir Pieper vor, ich ließe Leserinnen und Leser völlig im Unklaren, „wie denn nun nach meiner Meinung eine Revision des genannten Synodalbeschlusses auszusehen hätte. So bleibt der Satz ohne Richtungssinn.“ Nun erkläre ich mich in meinem Aufsatz eindeutig für eine Richtung im Sinne Johannes Fischers. Ich schreibe: „Während Martin Niemöller einst gegen solche religiöse Überhöhung die Gründung des Staates Israel ein säkulares Ereignis nannte⁽⁸⁾, sprechen diejenigen deutschen Landeskirchen, die in ihren Grundordnungen dem Rheinischen Synodalbeschluss von 1980 folgten, von der Heimkehr der Juden in das verheißene Land, haben allerdings die Rede vom Staat Israel nicht aus dem Rheinischen Synodalbeschluss übernommen, auch die Rheinische Kirche selbst in ihrer Kirchenordnung nicht. Ob Gott den Staat Israel gewollt hat, lassen sie offen. Für die Evangelikalen dagegen ist die Gründung des Staates Israel von Gott gewollt und die Initiation des bevorstehenden messianischen Zeitalters.“ Man kann mir mit Recht vorwerfen, eine Revision zu



fordern, die längst vollzogen ist. Es gibt hier einen Selbstwiderspruch in meinem Aufsatz, den ich als einen Fehler gern eingestehe.

Deshalb habe ich von der EKD nicht eine Revision des Rheinischen Synodalbeschlusses verlangt, für die sie gar nicht zuständig ist, sondern nur, dass unter den Dokumenten, auf die sich die EKD als in ihr geltend bezieht, der Rheinische Synodalbeschluss nicht genannt wird. Als ich die EKD darauf hinwies, dass in der von der EKD gegenwärtig versandten Broschüre „Protestantismus und Antisemitismus. Impulse zur Selbstreflektion“ auf den Rheinischen Synodalbeschluss als ein geltendes Dokument verwiesen werde, wurde mir erwidert, dass es der EKD „wohlbekannt ist, dass die geschichtstheologische Aussage des Rhein. Synodalbeschlusses umstritten ist und keineswegs ‚Konsens‘.“ Außerdem werde der Synodalbeschluss auf S. 6 „nur einmal und beiläufig erwähnt“.⁹

Allerdings gibt es über den Rheinischen Synodalbeschluss nicht nur keinen Konsens, sondern es gibt über die Revision des Rheinischen Synodalbeschluss durchaus einen gegenteiligen *magnus consensus ecclesiae*. Alle Landeskirchen, die dem Rheinischen Synodalbeschluss folgend neue Aussagen über das Verhältnis von Christen und Juden in ihre Ordnungen aufnahmen, waren in der Nichtübernahme der geschichtstheologischen Aussage einig. Über die Einstellung zum Zionismus mag es in der EKD verschiedene Einstellungen geben. Sicher hat Pieper recht, dass Niemöller „nie ein konstruktives Verhältnis zum Zionismus“ gefunden hat. Aber den späten Niemöller in die Nähe des Antisemitismus zu stellen, wie Pieper es einer modischen Zeitströmung folgend tut, ist absurd. Pieper beruft sich in der letzten Anmerkung auf das neue Niemöller-Buch eines unbekanntes Benjamin Ziemann. Er wird sein Urteil über Niemöller zurücknehmen, wenn er in „zeitzeichen“ 6/2020 den Beitrag des den Lesern des Pfarrerberlattes bekannten Michael Heymel gelesen hat.¹⁰ Was Heymel gegen den ein Zerrbild von Niemöller zeichnenden Ziemann einwendet, lässt sich genauso gegen Piepers Buber-Bild sagen: „Nicht die zitierten Quellen, sondern ihre Deutung und Wertung sind problematisch.“¹¹

Johannes Wallmann

? Postscriptum

Wenn ich auch nicht mehr ins Geheime Staatsarchiv nach Lichterfelde fahren kann, um den Nachlass von Heinrich Grüber auf sein Gespräch mit Martin Buber hin einzusehen, kann ich als Oldie die alten Hefte des Deutschen Pfarrerberlattes einsehen. Im DPfBl 58 (1958) findet sich auf S. 337-341 ein Artikel von Gerhard Jasper „Der Geist Israels und die Botschaft der Kirche“. In ihm wird mit einer Fülle von Zitaten gründlich über Martin Bubers 1952 in Köln-Olten erschienenes Buch „An der Wende. Reden über das Judentum“ berichtet, in dem vier Reden, davon drei nach der Staatsgründung Israels, enthalten sind. Buber sieht den jüdischen Geist Israels von innen her gefährdet. Der heutige Mensch sei unfähig, an Gott zu glauben: „So hält er fest am Glauben an sein erweitertes Ich, seine Nation, die eben höchste ihm zugängliche Instanz ist“ (Wende, 15). In diesem Zusammenhang ein Satz, in dem sich Bubers Kampf gegen einen jüdischen Nationalstaat Israel am deutlichsten ausspricht: „Von allen Arten der Assimilation, die wir im Laufe unserer Geschichte geübt haben, ist diese, die nationale Assimilation, die schlimmste und gefährlichste“ (Wende, 24). Von daher wird man auch sein Wort an Grüber verstehen.

Anmerkungen:

1?Heinrich Grüber, *Erinnerungen aus sieben Jahrzehnten*, Berlin 1968, 413.

2?Johannes Wallmann an Friedhelm Pieper 29. April 2019 zu Piepers Artikel (DPfBl 8/2019) und zu



meinem Leserbrief (DPfBl 10/2029) (mein Briefarchiv).

3?Grüber, Erinnerungen (wie Anm. 1), 412.

4?Johannes Wallmann, Luthers „Judenschriften“ im 19.und 20. Jahrhundert, ZBKG 84/2015, 232.

5?Vgl. die vernichtende Rezension, die Dorothea Wendebourg innerhalb einer noch ein anderes Werk besprechenden außerordentlich ausführlichen Rezension dem Buch von Andreas Pangritz, Theologie und Antisemitismus, gegeben hat (ThLZ 144, Heft 3, Sp. 226-231).

6?ZBKG 84/2015, 214.

7?Er ist seit 2019 auf der Homepage von Johannes Fischer zu lesen.

8?Michael Heymel, Martin Niemöller. Vom Marineoffizier zum Friedenskämpfer, Darmstadt 2017, 190f.

9?EKD-Kirchenamt an Johannes Wallmann, 24. April 2020.

10?Michael Heymel, Ein Zerrbild gezeichnet. Benjanmin Ziemanns Niemöller-Biographie wird ihrem Gegenstand nicht gerecht, zeitzeichen 6/2020, 15-17.

11?Heymel (wie Anm. 10), 16.

Deutsches Pfarrerbblatt, ISSN 0939 - 9771

Herausgeber:

Geschäftsstelle des Verbandes der ev. Pfarrerinnen und Pfarrer in Deutschland e.V

Heinrich-Wimmer-Straße 4

34131 Kassel